



Bekanntmachung

**des Präsidenten
des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

**22. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) vom 26. bis 27. August 2013 in
Pärnu (Estland)**

Die 22. Ostseeparlamentarierkonferenz hat in Pärnu eine EntschlieÙung verabschiedet. Den als Anlage beigefügten Originaltext gebe ich hiermit bekannt.

Klaus Schlie



Konferenzresolution

angenommen von der 22. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer, die gewählten Vertreter der Staaten der Ostseeregion*, die am 26. und 27. August 2013 in Pärnu (Estland) zusammengekommen sind,

die Themen "Zusammenarbeit in der Ostseeregion", "Wirtschaftswachstum und Innovationen", "grünes und blaues Wachstum" und "kreatives Unternehmertum" erörternd,

unter Betonung der Bedeutung der parlamentarischen Dimension der Zusammenarbeit in der Ostseeregion und in der Feststellung, dass diese die demokratische Legitimität der Zusammenarbeit stärkt,

unter Bekräftigung ihres Bekenntnisses zu den Grundsätzen der nachhaltigen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und an die Regierungen appellierend, sich ernsthaft und entschlossen um die Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplans zu bemühen,

unter Betonung der für beide Seiten nützlichen Interaktion zwischen dem Ostseerat und der Ostseeparlamentarierkonferenz auf allen Ebenen und in allen Bereichen und unter Anerkennung der Tatsache, dass eine enge Koordinierung zwischen Legislative und Exekutive die Umsetzung von Programmen und Projekten zugunsten der Ostseeregion und ihrer Bürgerinnen und Bürger begünstigen wird,

fordern die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU auf,

in Bezug auf die Zusammenarbeit in der Region

1. für die effektive und systematische Umsetzung der gemeinsam auf der Grundlage regionaler Strategien und politischer Maßnahmen festgelegten prioritären Projekte in der Ostseeregion zu sorgen und dabei regionale Kooperationsstrukturen wie die Nördliche Dimension und Regionalräte zu nutzen;
2. sich nachhaltig für die Förderung der Mobilität innerhalb der Region einzusetzen, insbesondere durch die Bekämpfung bürokratischer und physischer Hürden wie Zollbestimmungen und -verfahren und Visabeschränkungen zwischen Schengen-Staaten und Nicht-Schengen-Staaten;
3. unverzüglich weitere Maßnahmen zur Reduzierung der Eutrophierung und Verschmutzung der Ostsee zu treffen, vor allem durch gemeinsame Anstrengungen zur Verbesserung der Kapazitäten für die Aufbereitung von Abwässern;

4. die Gründung und Tätigkeit demokratischer nichtstaatlicher Organisationen in der Ostseeregion zu unterstützen und ihre internationale Zusammenarbeit und Aktivitäten politisch und finanziell zu unterstützen;

5. die Bedeutung des Ostsee-Jugendsekretariats für die Zusammenarbeit im Jugendbereich in der Ostseeregion anzuerkennen und dessen Arbeit sowie die Einsetzung eines jährlich stattfindenden Ostsee-Jugendforums zu unterstützen und in diesem Zusammenhang auch den Beschluss des XI. Ostsee-NGO-Forums zur Schaffung eines Ostsee-Jugendnetzwerks zu unterstützen sowie darüber hinaus die Notwendigkeit der kontinuierlichen Stärkung und Gewährleistung effektiver Methoden und Lösungen für eine verbesserte Zusammenarbeit hervorzuheben;

6. die zentrale politische Stellung des Ostseerates in der Ostseeregion im Hinblick auf die Schaffung und Umsetzung einer gemeinsam vereinbarten strategischen Vision für die Region auf bestmögliche Weise zu nutzen;

in Bezug auf Wachstum, Innovationen, Kreativität und Unternehmertum in der Ostseeregion

7. Aufklärungsmaßnahmen im Hinblick auf die Notwendigkeit von Innovationen für die nachhaltige Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit der Region zu initiieren und zu unterstützen und dabei einen umfassenden Ansatz zu verfolgen, der Innovationen als wichtiges Element bei der Herstellung von Waren und Bereitstellung von Dienstleistungen anerkennt;

8. ein günstiges Innovationsklima zu fördern, beispielsweise durch die Entwicklung nationaler Innovationsprogramme und -strategien und durch die Aufforderung an öffentliche Organisationen und Behörden, Aktionspläne für innovatives Management und innovative Geschäftstätigkeit zu verabschieden;

9. innovatives Wissen und innovative Fertigkeiten in Grundschulen und weiterführenden Schulen, Berufsausbildung und Studium beispielsweise dadurch zu fördern, dass das Thema "Innovation" einen höheren Stellenwert in den Lehrplänen erhält und Ressourcen für Grundlagenforschung und -entwicklung bereitgestellt;

10. den demographischen Wandel auch als Quelle für Innovationen zu betrachten, wobei besonderes Augenmerk auf die Entwicklung und Vermarktung barrierefreier Angebote und Dienstleistungen gerichtet werden sollte;

11. Maßnahmen zur Gewährleistung eines geeigneten Regulierungsumfelds zu treffen, der Innovationen fördert und bürokratische Hemmnisse beseitigt;

12. die Kreativwirtschaft als Motor von Wachstum und Beschäftigung zu fördern;

13. steuerliche Anreize für Innovation zu schaffen, z.B. Steuererleichterungen zur Stimulierung der Gründung und des Wachstums innovativer Unternehmen und Dienstleistungen;

14. zwecks Stärkung der maritimen Wirtschaft zu prüfen, ob und wie (gegebenenfalls) wirtschaftliche Anreize für die Flottenmodernisierung in Betracht gezogen werden können;

15. die Verfügbarkeit von und den Zugang zu Mitteln und Anschubfinanzierungen zur Unterstützung innovativer Initiativen und Unternehmen zu gewährleisten und die Entwicklung bankfähiger Projekte im Bereich Innovation zu fördern;

16. die Bedeutung von Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor in der Ostseeregion zur Kenntnis zu nehmen und die Einsetzung der Pilot-Finanzinitiative des Ostseerates (*CBSS Pilot Financial Initiative, PFI*) als neuen Mechanismus der Partnerschaft zwischen öffentlichem und privatem Sektor zu begrüßen und die Finanzinstitutionen in der Region aufzufordern, sich der PFI anzuschließen;

17. Synergien und Mehrwert durch den Ausbau der interregionalen Zusammenarbeit im Bereich Innovationen in der Ostseeregion zu nutzen, beispielsweise durch die Unterstützung von Mobilität und Verbreitung von Wissen und Innovationsnetzwerken und -clustern (innerhalb bestimmter Sektoren und sektorübergreifend);

18. Maßnahmen zur Freisetzung des im Küsten- und Meeresbereich vorhandenen Potenzials zu treffen, was zu nachhaltigen Wachstums- und Beschäftigungschancen führt;

19. Innovationen, Wachstum und Zusammenarbeit in der maritimen Wirtschaft zu stärken, beispielsweise durch die Unterstützung von Forschung und Entwicklung in Meerestechnologien wie alternativen Antriebssystemen sowie im Bereich der neu entstehenden maritimen Sektoren wie der blauen Biotechnologien, Aquakultur und Offshore-Energie, durch Förderung der interregionalen Zusammenarbeit in der Schifffahrt und im Schiffsbau und Entwicklung von Logistik und Infrastruktur, beispielsweise im Hinblick auf die Bereitstellung von Flüssiggas (LNG) und Strom in den Ostseehäfen;

20. das Unternehmertum und eine gemeinsame transnationale Kooperationsplattform für den Tourismus zu fördern, da der Tourismus ein Sektor ist, der erheblich zu Innovation und Wachstum in der Ostseeregion beitragen kann, und darüber hinaus den Schwerpunkt auf den Küsten- und Meerestourismus zu legen;

21. Maßnahmen zur Harmonisierung des Arbeitsmarkts und der Sicherheitsstandards für Beschäftigte in der Kreativwirtschaft zu treffen und Aktionspläne für mehr Transparenz, Toleranz und Vielfalt in der Gesellschaft als Schlüsselemente für die Kreativwirtschaft auf den Weg zu bringen;

22. sich dafür einzusetzen, dass die Transformation in eine wissensbasierte Gesellschaft nicht auf Kosten des wirtschaftlichen Fortschritts oder der Lebensbedingungen in städtischen und ländlichen Gebieten geschieht, z.B. durch die Förderung von Innovationsclustern in den Städten und auf dem Land;

23. die Finanzierung von Projekten, die sich mit dem Thema "Kultur und kulturelle Identität" befassen, und Modellprojekte in der Kreativwirtschaft zu unterstützen;

in Bezug auf grünes Wachstum und Energieeffizienz

24. die Maßnahmen zur Schaffung eines öffentlichen Bewusstseins im Hinblick auf die Frage zu verstärken, inwieweit grünes Wachstum und Energieeffizienz das Sozialsystem und die wirtschaftliche Entwicklung in der Region unterstützen können;

25. die Zusammenarbeit bei der Entwicklung gemeinsamer technischer Standards und Bauordnungen, die die Qualität von Bauten, gemeinsamer Regeln für die Anerkennung und Evaluierung von Sachverständigen für Baubewertung und gegebenenfalls gemeinsamer Kriterien für ein grünes öffentliches Beschaffungswesen zu stärken, um einen größeren Markt für neue Produkte und innovative Lösungen zu schaffen, die grünes Wachstum unterstützen;

26. die Maßnahmen der nationalen Netzbetreiber zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Verknüpfung nationaler Leitungen in Abstimmung mit Vereinbarungen auf erweiterter europäischer Ebene zu unterstützen und zu verstärken, um Investitionen in die Produktion erneuerbarer Energien – auch im Offshore-Bereich – zu unterstützen und zur Energieversorgungssicherheit beizutragen;

27. Finanzierungsprogramme weiterzuentwickeln und umzusetzen, die grünes Wachstum und Energieeffizienz fördern, und rechtliche Bestimmungen zu entwickeln, die die innovative Finanzierung von Energieeffizienzinvestitionen in Infrastruktur, Unternehmen und Gebäuden unterstützen;

28. die Entwicklung neuer sauberer Technologien zu fördern und die Nutzung der besten derzeit vorhandenen Technologien zu unterstützen, um die Sicherheit im Seeverkehr zu verbessern und saubere Treibstoffe sowie energieeffiziente Lösungen für den Land- und Seetransport in der Ostseeregion zu entwickeln;

29. vor dem Hintergrund der bevorstehenden Verschärfung der Grenzwerte für Schwefelemissionen in den Schwefelemissions-Kontrollzonen die Bemühungen der Helsinki-Kommission zur Gründung einer "Plattform für grüne Technologie und alternative Treibstoffe im Bereich der Seeschifffahrt" ("Green Technology and Alternative Fuels Platform for Shipping") zu unterstützen;

30. die Resultate der Konferenz der Staatschefs der Ostseestaaten zum Umweltschutz (St. Petersburg, 5.-6. April 2013) im Rahmen des russischen Vorsitzes im Ostseerat als wichtigen Schritt in Richtung Umweltsanierung in der Ostseeregion zu begrüßen;

in Bezug auf den Menschenhandel

31. die zehn Empfehlungen der Berichterstatter über Menschenhandel der Ostseeparlamentarierkonferenz aufzugreifen, die in ihrem der 22. Ostseeparlamentarierkonferenz in Pärnu (Estland) vorgelegten Abschlussbericht zu finden sind.

Darüber hinaus beschließt die Konferenz,

32. eine Arbeitsgruppe "Innovationen für soziale Betreuung und Gesundheitsversorgung" einzusetzen, die im Rahmen der 23. Ostseeparlamentarierkonferenz einen ersten Bericht vorlegen soll;

33. die Arbeit des IPCC in Bezug auf den bevorstehenden Fünften Sachstandsbericht (AR5) zur Kenntnis zu nehmen und über dessen Auswirkungen auf die Ostseeregion zu beraten;

34. das Arbeitsprogramm der Ostseeparlamentarierkonferenz für 2013-2014 anzunehmen;

35. das freundliche Angebot des Parlaments der Republik Polen, die 23. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 24. bis 26. August 2014 in Olsztyn auszurichten, dankbar zu begrüßen.

* Die Parlamente der Freien und Hansestadt Bremen, Dänemarks, Estlands, Finnlands, der Bundesrepublik Deutschland, der Freien und Hansestadt Hamburg, Islands, der Republik Karelrien, Lettlands, Litauens, Mecklenburg-Vorpommerns, Norwegens, Polens, des Föderationsrats der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Stadt St. Petersburg, Schleswig-Holsteins, Schwedens, der Åland-Inseln, der Baltischen Versammlung, des Europäischen Parlaments und des Nordischen Rates.



Conference Resolution

Adopted by the 22nd Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)

The participants, elected representatives from the Baltic Sea Region States*,
assembling in Pärnu, Estonia, 26-27 August 2013,

discussing Co-operation in the Baltic Sea Region, Economic Growth and Innovation,
Green and Blue Growth and Energy Efficiency, and Creative Entrepreneurship,

emphasizing the importance of the parliamentary dimension of cooperation in the
Baltic Sea Region, and asserting that it strengthens the democratic legitimacy of
cooperation,

reaffirming their commitment to the principles of sustainable ecological, economic
and social development, and reiterating their appeal to governments to make sincere
and forceful efforts to implement the HELCOM Baltic Sea Action Plan,

stressing the mutually beneficial interaction between CBSS and BSPC at all levels
and in all fields, and acknowledging that a close coordination between the legislative
and executive branches will facilitate the implementation of programmes and
projects for the benefit of the Baltic Sea Region and its citizens,

call on the governments in the Baltic Sea Region, the CBSS and the EU,

Regarding Co-operation in the Region, to

1. ensure effective and systematic implementation of priority projects in the Baltic Sea region, jointly identified on the basis of regional strategies and policies, and to use regional cooperation structures such as the Northern Dimension and Regional Councils in this work;
2. make sustained efforts to facilitate mobility within the Region, in particular by tackling administrative and physical hurdles, such as customs regulations and practices, and visa restrictions between Schengen and non-Schengen countries;
3. promptly undertake further action in order to reduce eutrophication and pollution of the Baltic Sea, in particular by joint efforts to improve the capacity for purification of sewage waste;
4. facilitate the establishment and work of democratic NGOs in the Baltic Sea Region, and to provide political and financial support for their international cooperation and activities;

5. acknowledge the importance of the Baltic Sea Secretariat for Youth Affairs for youth cooperation in the Baltic Sea Region, and to support its work as well as the establishment of an annual Baltic Sea Youth Forum; in this regard, to support also the decision of the XI Baltic Sea NGO Forum on the creation of a Baltic Sea Youth Network; and furthermore to underline the need to continuously strengthen and ensure effective methods and solutions for improved cooperation;
6. make the utmost use of the CBSS core political position in the BSR in creating and implementing a commonly agreed strategic vision of the region;

Regarding Growth, Innovation, Creativity and Entrepreneurship in the Baltic Sea Region”, to

7. initiate and support awareness-raising activities on the necessity of innovation for the sustainable development and competitiveness of the Region, applying a comprehensive approach that recognizes innovation as a key element both in the production of goods and the provision of services, and places strong emphasis on environmental sustainability and social cohesion;
8. foster a conducive climate for innovation, for instance by developing national programmes and strategies for innovation and by instructing public agencies and authorities to adopt action plans for innovative management and operations;
9. promote innovative knowledge and skills in basic, vocational and higher education, for instance by making innovation a more explicit strand in educational curricula and by allocating resources to basic R&D on innovation;
10. handle the demographic change also as a source for innovation, where special attention should be put on the development and marketing of barrier-free offers and services;
11. take measures to ensure an appropriate regulatory environment that encourages innovation and eliminates bureaucratic obstacles;
12. support the creative industries as an engine of growth and employment;
13. provide fiscal incentives for innovation, such as tax reliefs, to stimulate the establishment and growth of innovative enterprises and services;
14. in order to strengthen the maritime economy, evaluate if and how (when applicable) economic incentives can be considered for fleet modernization;
15. ensure availability of and access to funding and seed money to support innovative initiatives and enterprises, and to facilitate the development of bankable projects in the field of innovation;
16. note the importance of public-private partnership in the Baltic Sea Region, and welcome the establishment of the CBSS Pilot Financial Initiative (PFI) as a new mechanism of public-private partnership and encourage financial institutions in the Region to join the PFI;

17. exploit the synergies and added value by enhancing interregional cooperation on innovation in the Baltic Sea Region, e.g. by facilitating mobility and by supporting knowledge diffusion, networks and clusters on innovation both within and between sectors;
18. take measures to unlock the potential that exists in the coastal and marine environment, which will lead to sustainable growth and employment opportunities;
19. strengthen innovation, growth and cooperation within the maritime economy, e.g. by supporting research and development in marine technologies, such as alternative propulsion systems, as well as in emerging maritime sectors, such as blue biotechnologies, aquaculture and offshore energy, by facilitating interregional cooperation in shipping and ship-building, and by developing logistics and infrastructure, for example for the provision of LNG and electricity in Baltic Sea ports;
20. promote entrepreneurship and a joint transnational cooperative platform for tourism, being a sector that can contribute substantially to innovation and growth in the Baltic Sea Region; furthermore to focus on coastal and maritime tourism;
21. take measures to harmonize labour market and security standards for employees in the creative economy, and launch action plans for enhanced transparency, tolerance and diversity in society, being key elements in a creative economy;
22. make efforts to ensure that the transformation to a knowledge-based society is not detrimental to economic progress or living conditions in urban and rural areas, e.g. by promoting urban-rural innovation cluster opportunities;
23. support the funding of projects devoted to "Culture and cultural identity" and model projects in the sector of creative industries;

Regarding Green Growth and Energy Efficiency, to

24. strengthen efforts to create public awareness on how green growth and energy efficiency can support social welfare and economic development in the Region;
25. strengthen cooperation for developing common technical standards and building codes defining quality of building, common rules of recognition and evaluation of experts for building evaluation, common criteria for green public procurement (GPP), where appropriate, in order to create a larger market for new products and innovative solutions that support green growth
26. support and strengthen efforts by the national grid operators, co-ordinated with agreements on a broader European scale, to improve the connections of national grids across borders, in order to facilitate investments in renewable energy production, including offshore, and contribute to energy supply security;
27. further develop and implement financing schemes that support green growth and energy efficiency, and to develop legislation that facilitates innovative financing of energy efficiency investments in infrastructure, businesses and buildings;

28. to encourage the development of new cleaner technologies and support the use of the best currently available technologies in order to improve maritime safety, develop clean fuels and energy efficient solutions for both land and water transport in the Baltic Sea Region;

29. against the background of the upcoming tightening of the limits for sulfur emissions in the Sulfur Emission Control Areas to support efforts of the Helsinki Commission to found a "Green Technology and Alternative Fuels Platform for Shipping";

30. welcome the results of the Conference of the Heads of the Baltic Sea states on environmental protection (St. Petersburg, April 5-6, 2013) held in the framework of the Russian chairmanship in the CBSS, as an important step towards environmental rehabilitation in the BSR;

Regarding Trafficking in Human Beings, to

31. follow up the 10 recommendations drawn up by the BSPC Rapporteurs on THB in their final report presented to the 22. BSPC in Pärnu, Estonia;

Furthermore the Conference Decides to

32. establish a Working Group on Innovation in Social and Health Care, to submit a first report at the 23rd BSPC;

33. to note the work of the IPCC in relation to the forthcoming 5th Assessment Report (AR5), and to deliberate on its implications for the Baltic Sea Region;

34. adopt the BSPC Work Programme for 2013-2014;

35. welcome with gratitude the kind offer of the Parliament of Poland to host the 23rd Baltic Sea Parliamentary Conference in Olsztyn on 24-26 August 2014.

*Parliaments of Free Hanseatic City of Bremen, Denmark, Estonia, Finland, Federal Republic of Germany, Free and Hanseatic City of Hamburg, Iceland, Republic of Karelia, Latvia, Lithuania, Mecklenburg-Vorpommern, Norway, Poland, Council of Federation of the Federal Assembly of the Russian Federation, State Duma of the Federal Assembly of the Russian Federation, City of St. Petersburg, Schleswig-Holstein, Sweden, Åland Islands, Baltic Assembly, European Parliament, Nordic Council.